



Rau-Kritiker Bölling (r.), Chef (1980)
Heckenschützen aus eigenen Reihen

führenden Genossen dem Vormann jede Glaubwürdigkeit bestreiten und seine Wahlziele zur Illusion erklären. Drei Wochen vor dem SPD-Wahlparteitag in Nürnberg, der die Parteigliederungen solidarisch vereinen sollte, sind die Genossen über Rau gespalten, aber nicht versöhnt. Nur der Kandidat in öffentlichen Bekundungen und sein Wahlkampfmanager Bodo Hombach, aus Gründen der Selbsterhaltung, reden noch davon, sie könnten die SPD von ihren derzeit 38,2 Prozent auf die „absolute Mehrheit“ rund um 49 Prozent katalytieren.

Glitz spricht derweil feinsinnig nur noch von einer „eigenen“ Mehrheit. Parteichef Willy Brandt, der im südfranzösischen Urlaubshäuschen ganztägig einen „Zeit“-Journalisten empfing, sinniert allenfalls noch über eine „knappe“ Mehrheit dicht vor der Union. Tatsächlich aber hält er ein Ergebnis von 43 Prozent – Glitz hat abgekupfert – für einen „schönen Erfolg“.

Stimmen die jüngsten Umfragen, wäre es wohl ein traumhaftes Resultat. Die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ sah die Christenunion jetzt um einen Punkt auf 45 Prozent steigen, die SPD um einen Punkt auf 41 Prozent absacken, bei stabilen 7 Prozent für die FDP (Grüne: 6).

Brandt hofft noch, für seine Partei den Trend wenden und am Abend des 25. Januar 1987 ein Mandat mehr als CDU/CSU zählen zu können; und dann „regiert der, der die Nase vorn hat“ – jedenfalls nach einem „großen Palaver“ der Parteien und vermutlich nach mehreren Wahlgängen im Bundestag.

Ginge es in diesem – unwahrscheinlichen – Fall nach Rau oder Brandt, würde ein Minderheits-Kanzler Rau dann eine Art Allparteien-Regiment anstreben, mit Hilfe parlamentarischer Mehrheiten, die er in allen Fraktionen sucht; oder mit Unterstützung des nach einer Kohl-

Niederlage amtierenden christdemokratischen Vormanns Lothar Späth.

Solche Spekulationen sind zum Traum verfliegen. Daß die Genossen unsanft auf dem Boden einer eher tristen Realität landeten, dazu trugen regierende Parteifreunde aus der Provinz bei.

Im Netzplan der Wahlmanager aus dem Bonner Erich-Ollenhauer-Haus sollte der 9. November die wichtigste, für den Bund wahlentscheidende Runde einleiten – die „Mobilisierungsphase“; nach der „Sympathie“- (Juli, August) und der „Themenphase“ (September, Oktober) und vor der „Sonderphase Advent“ sowie der „heißen Phase“ (Januar). Dieser 9. November, Wahltag in Hamburg, sollte Erfolgstag sein für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und mithin auch für Rau; 52 Stimmenprozent, eine glänzende Bestätigung, ein Schub für die Bonner Wahlkampfmatadore, galten als sicher.

Seit Wochen schon schmilzt diese Hoffnung – die letzte Umfrage gab der SPD nur noch 48 Prozent –, jetzt ist sie geschwunden: Dohnanyi trennte sich vom Parteirechten Rolf Lange, der mit seiner Demonstranten-Einkesselung bundesweit die Linken erregt hatte, entließ zugleich die eher linke Eva Leithäuser und stellt sich nun mit einem Rumpf-Senat den Wählern zur Abstimmung.

Mögliche fatale Folge: Ohne absolute Mehrheit muß Dohnanyi während der heißesten Schlacht um die Bundestagsmehrheit, ins Koalitionsgeplänkel – entweder mit der FDP, die im Bund Gegner der Genossen ist, oder mit den Grünen, gegen die Rau Stimmung macht. Und Raus Konzept wäre kaputt, in den letzten Vorwahl-Wochen die wirtschaftspolitische Kompetenz des Hamburger Bürgermeisters als Wirtschafts- oder Finanzministerkandidat für Bonn wirksam vorzuzeigen.

Offen ein anderes Wahlziel mit einer anderen Taktik anzu-steuern, bleibt dem Bruder Johannes inzwischen verstellt – zu oft hat er die möglichen grünen Bündnispartner verprellt, zu oft die Parole ausgegeben, die eigene Kanzlerschaft sei möglich.

Sein eigentliches, persönliches Wahlziel ist jedoch nach einer respektablen Niederlage noch erreichbar – 1989 Bundespräsident zu werden, falls Richard von Weizsäcker nicht ein zweites Mal antritt. Dann, nur dann käme vielleicht Klaus Böllings Idee zum Zuge, den früheren Forschungs- und Verkehrsminister Volker Hauff zum Kanzler-Kandidaten auszurufen.

Bis dahin gilt: „Eine Partei, die ihre besten Leute gegen Heckenschützen aus den eigenen Reihen nicht mit spürbarer Überzeugung verteidigt... wird in der Mitte des Wählerspektrums nur schwer Vertrauen in ihre Führungs- und Regierungsfähigkeit wiederherstellen können.“

Das schreibt Klaus Bölling im 23. Brief, betitelt „Über die Verleumdung verdienter Sozialdemokraten“.

HAMBURG

Wie im Groschenroman

Zwei Senatoren mußten gehen, Opfer aus Parteiräson.

Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi würdigte zwei Politiker mit so einfühlsamen Worten, wie sie Hanseaten sonst nur am Grabe finden.

„Intelligenz und tiefes inneres Engagement“, eine trotz schwerer Arbeit „für alle spürbare menschliche Wärme“ habe dem einen „die Sympathie vieler Menschen“ eingebracht. „Große Energie“ und „kommunale Erfahrungen“ hätten denen anderen „rasch zu einer Stütze der Hamburger Politik“ werden lassen.

Auf so ehrenvolle Weise weggelobt wurden am Mittwoch vergangener Woche Hamburgs Justizsenatorin Eva Leit-



Kanzlerkandidat Rau, Tochter Anna Christina
Kein politischer Führer für Bonn?

häuser, 60, und Innensenator Rolf Lange, 44. Die beiden Sozialdemokraten traten auf Drängen Dohnanyis zurück – für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau ein Beweis „der Führungsstärke“ des Chefs.

Dessen Machtwort schien überfällig: Im Polizeipräsidium der Hansestadt hatte wenige Tage zuvor der St.-Pauli-Killer Werner Pinzner unter den Augen seiner Bewacher einen Staatsanwalt, seine Frau und dann sich selbst erschossen (SPIEGEL 32/1986) und Dohnanyis (SPD-Senat) damit in „die schwerste Krise“ seiner Amtszeit („Frankfurter Allgemeine“) gestürzt.

Die beiden gefeuerten Senatoren hatten sich dem Willen der Partei gebeugt, persönliche Schuld aber nicht eingestanden:

- ▷ Lange, oberster Dienstherr der Hamburger Polizei, begriff sein Ausscheiden als „Akt politischer Hygiene“ – im Klartext: Ein Sündenbock mußte her.
- ▷ Eva Leithäuser, verantwortlich für Justiz und Strafvollzug, konnte in ihrem Ressort „keine Fehler entdecken“. Sie opferte sich „dem Ansehen der Justiz“ und der „übergeordneten Parteiräson“.

Drei Monate vor den Hamburger Parlamentswahlen war Parteiräson verlangt: In der Auseinandersetzung um innere Sicherheit zerstritten, fürchten die seit drei Jahrzehnten regierenden Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftswahl am 9. November um ihre absolute Mehrheit. Vor Wochen noch signalisierten Umfragen einen glatten Wahlsieg, souverän saß Dohnanyi alle Senatsaffären aus.

Zurückgetreten wurde in der Hansestadt sonst nicht so schnell. Lang ist die Liste der Skandale, die der Hamburger Senat äußerlich unverseht überstand.

So mußte sich im Januar 1984 Umweltsenator Wolfgang Curilla lebensgefährliche Versäumnisse bei der Überwachung des Chemie-Werkes Boehringer vorwerfen lassen. Jahrelang hatte das Unternehmen Dioxin emittiert, ohne daß Curillas Behörde eingegriffen hätte.

Auch katastrophale Zustände im Krankenhaus Barmbek blieben ohne politische Konsequenzen: Unter der Leitung von Orthopädie-Chef Rupprecht Bernbeck wurden 165 Patienten zu Krüppeln operiert, ohne daß Gesundheitspolitiker des Senats eingriffen.

Energiesenator Jörg Kuhbier trägt die politische Verantwortung für ein „Hamburger Watergate“ („taz“) bei der Müllabfuhr. Schlampige Amtsführung in der Müllbehörde, Geldverschwendung, um wahrscheinlich mehrere Millionen Mark überhöhte Gebührenrechnungen, schließlich der Verdacht, daß Müllmanager sich hatten korrumpieren lassen – all dies war Thema eines Untersuchungsausschusses. Kuhbier behielt sein Amt.

Wo Mißstände solchen Ausmaßes zur politischen Routine gehören, blieben die vielfachen Fehlgriffe des „glücklosen“ (Dohnanyi) Innensenators Rolf Lange zunächst einmal folgenlos.

Ungerührt bügelte der Partei-Rechte und ehemalige Seemann die bundesweite Empörung ab, als er im November 1984 die ausgewiesene philippinische Seemanns-Familie Alviola mit Polizeigewalt aus einer Eimsbütteler Kirche holen ließ, wo sie Zuflucht gefunden hatte.

Rasch wurde von seiner Fraktion ein Entwurf zur Änderung des hamburgischen Polizeigesetzes kassiert, der den Polizeistaatsplänen des CSU-Innenministers Friedrich Zimmermann kaum nachstand. Die „bisher solideste und gründ-



Gestürzte Senatorin Eva Leithäuser
„Keine Fehler entdeckt“

lichste Lösung der anstehenden Fragen“ (Lange) war als Ermächtigungsgesetz für Lauschangriffe, Datensammlungen und Rasterfahndung gedacht.

Mehrfach mußte der Polizeisenator erleben, wie Untergebene gegen ihn antraten. Im Mai bat Kripo-Chef Otto-Werner Müller um Versetzung, weil er sich machtlos der Kriminalität in der Hansestadt ausgeliefert sah. 25 Kripo-Fahnder reichten ein Versetzungsgesuch ein, sie rügten Konzeptlosigkeit und falsche Personalpolitik der Führung.

Reif für den Rücktritt schien Lange endlich, als vor Wochen selbst der Hamburger SPD-Chef Ortwin Runde und mehrere Bürgerschaftsabgeordnete wie 40 000 Demonstranten gegen „eine der rechtsstaatlich zweifelhaftesten Polizeiaktionen der letzten Jahre“ („Zeit“) protestierten – die stundenlange Ge-



Gestürzter Senator Lange
„Die gründlichste Lösung“

fangnahme mehrerer hundert meist friedlicher Anti-Atom-Demonstranten in einem von der Polizei gebildeten Kessel.

Doch Härte gegen Demonstranten, so das Kalkül der rechten Parteiergie, bringt Wählerstimmen. Noch einmal stützte die SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft den überforderten Senator.

So mutet es wahrlich „wie ein Stück aus einem Groschenroman“ („Süddeutsche Zeitung“) an, wenn am Ende ein um sich schießender St.-Pauli-Killer gleich zwei Senatoren aus ihren Sesseln kippt. Lange und Leithäuser sind weniger Opfer politischer Missetaten als einer Law-and-order-Stimmung, die an der Elbe von einer allgegenwärtigen Springer-Presse und der um Wählerstimmen ringenden CDU-Opposition angeheizt wurde. Schließlich möchte auch Bürgermeister von Dohnanyi auf dem Feld der inneren Sicherheit nicht „zu schlapp“ erscheinen (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 20).

Wenige Wochen vor der Wahl schien es da nur konsequent, gleich ein zweites, schon länger fälliges Bauernopfer zu bringen: die Justizsenatorin Leithäuser, deren beharrlich verfolgtes Konzept eines liberalen Strafvollzuges genügend Angriffsflächen bot.

Der Mörder Pinzner war da nur ein Beispiel: Er hatte den offenen Strafvollzug für weitere Gewalttaten benutzt – und in der Haft konnte er sich unbehelligt mit Rauschgift versorgen. Grund zur Aufregung gab es in der Haftanstalt Fuhsbüttel („Santa Fu“) öfter. „Santa Fu – raus bist du“, reimte Springers

„Bild“, weil mehrfach Gefangene von großzügig gewährten Urlaubstrips nicht heimkamen, einige sogar im Urlaub neue Verbrechen begingen.

Justizsenatorin Leithäuser, die das zu verantworten habe, sei, so der Hamburger CDU-Vorsitzende Hartmut Perschau, „von beachtlicher mütterlicher Naivität“, sie sei, verstieg sich CDU-Sicherheitsexperte Martin Müller, „in ihrem Amt völlig überfordert“.

Die Juristin fügte sich nicht ins Bild eines mit Härte strafenden Staates. Sie schrieb persönliche Briefe an einsame Gefangene, achtete darauf, daß an Weihnachten mancher ein Päckchen erhielt und freute sich über Antworten von Gefangenen, die ihr auch zuweilen etwas malten, „eine Rose zum Beispiel“ (Leithäuser).

Dennoch hielt sich die Senatorin fast sieben Jahre im Amt – länger als ihre drei Amtsvorgänger zusammen. Sachkenner würdigten ihren menschlichen Strafvollzug. Eine Experten-Kommission, die unter Leitung des ehemaligen

„Vertrauen ging verloren“

Klaus von Dohnanyi über Polizeimisere und Senatsumbildung in Hamburg

SPIEGEL: Herr Bürgermeister, wann waren Sie zum letzten Mal auf einer Demonstration?

DOHNANYI: Auf der Seite der Demonstranten?

SPIEGEL: Ja.

DOHNANYI: Da muß ich nachdenken, das war in den sechziger Jahren in München, gegen einen Parteitag der NPD. Dann ging ich in die Regierung und habe nicht mehr demonstriert.

SPIEGEL: Politikern gebricht es bei solchen Ereignissen in aller Regel an der persönlichen Anschauung ...

DOHNANYI: Nein. Ich mußte davon ausgehen, daß dort Gewalttäter festgehalten wurden. Der Innensenator hatte mich nach seinem Wissensstand informiert. Er hat hinterher festgestellt, daß auch sein Wissensstand nicht dem der Realität entsprach. Es hat im Verlauf erhebliche Fehler gegeben – bis hin zur Rechtswidrigkeit. Das hätte nicht geschehen dürfen.

SPIEGEL: Die mangelnde Überwachung des Kiez-Killers Pinzner im Polizeipräsidium – Folge: drei Tote – ist ein vergleichsweise schlechter Anlaß, politische Verantwortung zu übernehmen. Wenn zum Beispiel ein Soldat Amok läuft und um sich schießt, tritt ja auch nicht der Verteidigungsminister zurück.

DOHNANYI: Immerhin kam ein Killer-Häftling mit Waffe ins Polizeipräsidium. Aber ich habe gesagt, daß dies nicht der zentrale Grund des Rücktritts von Innensenator Rolf Lange und Justizsenatorin Eva Leithäuser war. Hamburg macht eine komplizierte Politik der inneren Sicherheit. Wir versuchen, ein Höchstmaß an Liberalität zu bewahren und zugleich mit aller Festigkeit gegen Rechtsbrüche vorzugehen.

Dazu braucht man aber auch besonders festes Vertrauen in der Bevölkerung, weil die Bevölkerung sonst meint, daß wir zu schlapp sind für die innere Sicherheit. Dieses Vertrauen ist verlorengegangen in den letzten Wochen. Da ich aber an der Politik von Liberalität und Festigkeit – ohne zusätzliche Waffen, ohne Distanzwaffen, ohne verschärfte Gesetze – festhalten will, blieb nichts anderes übrig, als an dieser Stelle auch die Personen auszuwechseln.

SPIEGEL: Sie haben lange gezögert, Lange wäre schon damals fällig gewesen.

DOHNANYI: Nein. Auch Politiker können Fehler machen, sofern sie ihre Fehler erkennen, die richtigen Konsequenzen ziehen und die notwendigen Verbesserungen machen. Das wollte Lange einleiten.

SPIEGEL: Überall, wo Menschen demonstrieren, gibt es derzeit Probleme – so lange nach seinem Rücktritt. Verlassen sich Politiker zu sehr auf den Rat von Polizeiführungen, wenn es gilt, angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft abgewogene Entscheidungen zu treffen?

DOHNANYI: In Hamburg wird das nicht mehr so sein, hoffe ich. Der Senat als Ganzes hat die Verantwortung dafür übernommen, im Vorfeld von Demonstrationen künftig mit den jeweils beteiligten Gruppen zu sprechen. Ich werde



Dohnanyi (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich mag keinen Lack an Politikern“

Wehrbeauftragten Karl-Wilhelm Berkan die Zustände im Strafvollzug untersuchte, kam zu dem Ergebnis, die Senatorin sei „auf dem richtigen Weg“, die Vollzugslockerungen – Bewegungsfreiheit in der Anstalt, umfangreiche sportliche und kulturelle Aktivitäten – könnten „vorsichtig“ gar weiter ausgebaut werden, die „Gefahren des Mißbrauchs“ seien „zumutbar und vertretbar“.

Die „sympathische wie hilflose Humanistin“ („taz“) hatte bereits seit langem angekündigt, sie werde im Herbst, mit dem Ende der Legislaturperiode, den Dienst quittieren, weil sie zu alt sei. Doch ihr „Opfer für die Partei“ (SPD-Chef Runde) wurde sofort gebraucht – eben vor der Wahl.

DOHNANYI: ... ja, das ist ein Problem.

SPIEGEL: Hätten Sie den Polizeikesel mit Hunderten eingeschlossenen Kernkraftgegnern am 8. Juni vor Ort beobachtet, wäre Ihr Innensenator schon damals entlassen worden?

DOHNANYI: Das kann ich so nicht beurteilen, weil ich ja persönlich nicht vor Ort war. Die Lage war sehr schwierig zu Beginn, und dann war der Ablauf ein Fehler.

SPIEGEL: Waren Sie denn so frühzeitig informiert, daß Sie noch etwas hätten verhindern können?

* In seinem Dienstzimmer im Hamburger Rathaus, mit Redakteuren Bettina Musall, Uly Foerster.